

## **Vorbericht zum Rat der Justiz- und Innenminister am 22./23. April in Luxemburg**

Die vorläufige Tagesordnung des Rates der Justiz- und Innenminister (JI-Rat) umfasst folgende Punkte für den Bereich Inneres:

### **RATSTAGUNG**

#### **Schengener Informations-System II (SIS II)**

Das Thema SIS II wird sowohl im Rahmen der Ratstagung als auch beim Gemischten Ausschuss behandelt. Es geht um die Annahme von Ratsschlussfolgerungen über die Frage, ob ein sog. Meilensteintest als „bestanden“ gewertet wird.

DEU und AUT hatten im Juni 2009 die Durchführung dieses Tests für das SIS II gefordert, um technisch objektiv nachzuweisen, ob der technische Ansatz des zentralen Projekts trägt und ob das System stabil, zuverlässig und performant arbeitet. Insbesondere sollte dabei auch mit klar definierten, objektiven Kriterien nachgewiesen werden, ob die Anforderungen aus der Projekt-Ausschreibung erfüllt wurden. Dafür wurden in den Ratsschlussfolgerungen vom Juni 2009 verschiedene Fehlerkategorien definiert, unter anderem die sog. K.O.-Kriterien, die als betriebsverhindernd qualifiziert und somit keinen weiteren Interpretationen zugänglich sind. Treten diese K.O.-Kriterien auf, gilt der Test automatisch als gescheitert, da das Vertrauen in die Gesamtleistung des Systems zerstört ist.

DEU sieht den Meilensteintest als „nicht bestanden“ an, da in zwei Testläufen zumindest ein „K.O.-Kriterium“ aus den Ratsschlussfolgerungen vom Juni 2009 nachweislich verletzt wurde (Einhaltung der Antwortzeiten für Suchanfragen, Verletzung des Service Level Agreements - SLA). Das Auftreten des K.O.-Kriteriums wiegt umso schwerer vor dem Hintergrund, dass der Test nicht unter operativen Bedingungen

durchgeführt wurde und der Vertragspartner die an den Test gestellten Anforderungen signifikant verletzt und unterschritten hat. Diese Position wird von AUT und FRA unterstützt. Eine Mehrheit der Mitgliedstaaten votierte jedoch dafür, den Test als „bestanden“ zu erklären und mit dem Projekt fortzufahren. Dies soll in entsprechenden Ratsschlussfolgerungen festgehalten werden.

DEU wird für eine korrekte Testbewertung und für den Abbruch des Projekts plädieren und sich dafür einsetzen, dass unsere Testbewertung und unsere kritische Haltung gegenüber dem Projekt in seiner derzeitigen Form in den Ratsschlussfolgerungen Berücksichtigung finden. (Dagegen aber derzeit die Mehrheit der Mitgliedstaaten, die lediglich einer Protokollerklärung, nicht aber einer „dissenting opinion“ in den Ratsschlussfolgerungen zustimmen wollen.)

### **Europäischer Pakt zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels**

Der „Europäische Pakt zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels“, der bereits beim vergangenen J/I-Rat im Februar in Brüssel diskutiert wurde, soll nun verabschiedet werden.

Die Verhandlungen über die endgültige Textfassung auf Ebene der Rats-AGs – unter Einbeziehung der Justizseite – sind nun erfolgreich abgeschlossen. Der vorliegende europäische Drogenpakt bündelt die Aktivitäten der MS unter Einbindung der bestehenden Institutionen und bildet so ein schlagkräftiges Instrument gegen den internationalen Rauschgiftschmuggel.

DEU hat gemeinsam mit FRA die Verhandlungen zum Pakt maßgeblich mitgestaltet. Der Pakt hat im Verlaufe der Verhandlungen keine wesentlichen Änderungen erfahren. In Einzelfällen sollen gemeinsame Ermittlungsgruppen mit betroffenen Drittstaaten eingerichtet werden können. DEU wird insbesondere bei der Bekämpfung des Heroin- und Opiumschmuggels über die sog. Balkanroute eine federführende Rolle in Europa übernehmen.

### **Aktionsplan zum Stockholmer Programm**

Das Stockholmer Programm (SP) für den Bereich Justiz und Inneres (Laufzeit 2010 - 2014) wurde vom Europäischen Rat im Dezember 2009 verabschiedet. Die DEU-

Prioritäten wurden in den Verhandlungen zum SP klar aufgezeigt und darin weitestgehend berücksichtigt. Als erster Schritt der Umsetzung – neben den laufenden Arbeiten – ist nun die Vorstellung einer KOM-Mitteilung vorgesehen, die den Entwurf für einen Aktionsplan enthält. Auf dem Rat wird KOM die Mitteilung, die bislang nicht offiziell vorliegt, vorstellen. Eine Diskussion über Inhalt und Änderungsbedarf wird in den MS erst im Anschluss erfolgen können; dies gilt in DEU insbesondere auch für die Beteiligung der Länder.

### **EU-US-Abkommen zum Terrorist Finance Tracking Program (TFTP)/SWIFT**

Auf dem Rat soll das Verhandlungsmandat zum sog. längerfristigen SWIFT-Abkommen zwischen der EU und den USA verabschiedet werden.

Das Mandat legt Richtlinien fest, auf deren Basis die Verhandlungen mit den USA geführt werden sollen. Der Austausch von Finanztransaktionsdaten ist erforderlich, um den internationalen Terrorismus effektiv zu bekämpfen. Anhand der Finanztransaktionsdaten können Netzwerkverbindungen und auch Finanzierungsströme erkannt werden. Mit dem SWIFT-Abkommen soll nun der Austausch von Finanztransaktionsdaten zwischen der EU und den USA auf eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage gestellt werden. Darüber hinaus soll durch das Abkommen der Datenschutz in den USA gestärkt werden – durch Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten von europäischen Bankkunden in den USA.

Für DEU wird bei den Verhandlungen die Wahrung eines hohen Datenschutzstandards von besonderer Bedeutung sein. DEU hat sich hierfür schon erfolgreich bei den Verhandlungen zum Mandatsvorschlag eingesetzt.

### **PNR-Drittstaatsabkommen mit USA und AUS**

Vorsitz hat angekündigt, kurz über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der PNR (Passenger Name Record)-Drittstaatsabkommen zur Übermittlung von Fluggastdatensätzen mit den USA und AUS zu berichten.

Vor einer Beschlussfassung des Rates über die diesbezüglichen KOM-Vorschläge ist das EP mitentscheidend zu beteiligen. Die Haltung des EP kann nur aus seiner ersten Positionierung zu diesen beiden Abkommen hergeleitet werden: Der LIBE-

Ausschuss des EP hatte hierzu am 04.03. einen ersten Gedankenaustausch. Die stellvertretende Vorsitzende regte eine Verschiebung der Entscheidung bis „mindestens Herbst“ an, um einen einheitlichen Ansatz in Form eines Musterabkommens für alle PNR-Übermittlungsbitten aus Drittstaaten zu erarbeiten. Diese Standards sollten im Einklang mit denen eines künftigen EU-PNR-Rechtsaktes stehen.

Die Erarbeitung der gemeinsamen Standards ist aus Sicht der Bundesregierung begrüßenswert, ihr Inhalt bleibt abzuwarten. Voraussichtlich wird die KOM hierzu einen konkreteren Zeitplan präsentieren.

### **EU-US-Treffen in Madrid**

Vorsitz wird über die Ergebnisse des EU-US Ministertreffen vom 8.-9.4.2010 in Madrid berichten. Bei diesem, in der Regel zweimal pro Jahr stattfindenden Treffen, wurde die EU von der sog. Troika vertreten (Vorsitz, Kommission und Ratssekretariat). Es ging bei diesem Treffen um folgende Themen: Datenschutz und Datenaustausch, ein Follow-Up zur Toledo-Erklärung vom Januar 2010, PNR, Terrorismusbekämpfung (insbesondere Guantanamo und SWIFT), das Visa-Waiver Programm und elektronische Reiseerlaubnisse, die Kooperation in Migrations- und Asylfragen, Cybersecurity und Cyberkriminalität.

### **GEMISCHTER AUSSCHUSS (mit NOR, CHE, ISL, LIE)**

#### **Schengener Informations-System II (SIS II)**

(vgl. Ausführungen unter Ratstagung)

#### **Bericht über europäischen Unterstützungseinsatz bei Fußball-EM 2008**

AUT wird im Rahmen des GA über die Erfahrungen bei der Fußball-Europameisterschaft 2008 berichten.

Hintergrund ist der sich an Erfahrungen von der WM 2006 in DEU orientierende europäische Unterstützungseinsatz, der im Rahmen von Besprechungen auf bilateraler, europäischer und internationaler Ebene sorgfältig vorbereitet worden war. Die Leistungsfähigkeit der zu Grunde liegenden Vertragswerke (bilaterale Verträge zwischen AUT bzw. CHE und DEU sowie der Vertrag von Prüm) hat sich durch den weitgehend störungsfreien Ablauf des Turniers bestätigt.

Die Bereitschaftspolizeien der Länder (BW, BY, NW und HE) und des Bundes unterstützten die Ausrichterstaaten mit über 1.800 Einsatzkräften, teilweise über einen Zeitraum von mehreren Wochen. Die vom BKA eingerichtete „Informationssammelstelle Staatsschutz“ gab bis zum Ende der EM täglich ein eigenes Lagebild heraus. Während des gesamten Turnierzeitraums unterstützte eine 31-köpfige Delegation der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) die szenekundigen Beamten in Übereinstimmung mit dem EU-Handbuch.